

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expeditur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgehaltene Petitionelle mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgehaltene Petitionelle oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Kofame-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenummerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 60 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 65 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenummerando gezahlt werden.

Wir machen unsere Leser auf den Prospekt für die „Neue Welt“ aufmerksam, welcher unserer heutigen Nummer als Extra-Beilage beiliegt. Die Expedition.

Inhalt.

Die fetten Döfien des Fürsten von Bismarck. Deutscher Reichstag. Politische Uebersicht: Fürst Borchgalkoff und Fürst Bismarck. Die Krise und die „Berliner Börsenzeitung“. Ein neuer Granderprozess in Wien. Ein nettes österreichisches Reichsrathsmittelglied. Der Hochverratsprozess in Graz gegen Dr. Tauschinski und Genossen. Aus Paris. Hofstein. Freisprechungen und Prozesse in Hamburg und Leipzig. Berlin's Einwohnerzahl. Korrespondenzen: Berlin. Altona. Brandenburg. Bielefeld. Reichenbach. Flensburg. Geestendorf. Hanau. Klein-Krognburg. Klein-Steinheim. Groß-Steinheim. Schleswig. Osnabrück. Minden. Cottbus. Lüneburg. Duisburg. Köln. Gotha. Wiesbaden. Hanau. Sprechsaal.

Die fetten Döfien des Fürsten von Bismarck.

Je höher die Schlachtsteuer, je fetter die Döfien, je höher die Biersteuer, je söffiger das Bier — das ist eine Logik, die man sich schon gefallen lassen und mit der man sich über allen Steuerdruck hinwegtrösten könnte, wenn sie nicht leider schief wäre. Zwar hat Fürst Bismarck in dieser Weise im Reichstage geredet, und die National-Liberalen haben pflichtschuldigst diesen Ausspruch des allmächtigen Reichskanzlers mit „Beifall“ begleitet, so sieht es wenigstens im stenographischen Bericht verzeichnet. Aber so lange die liberale Reichstags-Majorität ihren Herrn und Meister als reichstreuem Concilium noch nicht für unfehlbar erklärt hat, so lange schütteln wir noch ungläubig den Kopf und nehmen das Recht für uns in Anspruch, dem Reichskanzlerwirth den deutschen Bauernwirth zum Vergleich gegenüber zu stellen.

Michel, so heißt der schlichte Bauer, welcher uns seine Meinung über Schlacht- und Biersteuer gesagt hat. Michel ist ein guter Deutscher, zahlt seine Steuern redlich und hat 1870/71 mit dem Schießprügel die feuerfesten Geldschränke der „Gründer“ gegen Turcos und Zuvaven beschützt. Michel hat schon manchen Döfen durchs Stadthor getrieben, und manches Seidel Bier mit einem herzhaften Kluch über die „Dividendenjauche“ ausgeleert. Er ist also „Sachverständiger“ so gut wie einer aus dem Volke, und was noch mehr ist, Wähler für den Reichstag, obgleich er sich tüchtige Gewissensbisse darüber macht, daß er noch 1874 einem Landrath seine Stimme gegeben hat, weil jener damals so recht volksfreundlich dem Dorfschulzen die Hand drückte. Jetzt hat Michel aber, dem Bucherer und Steuer-Experten die Hölle heiß machen, bei sich gelobt, nicht zum zweiten Mal nach dem Schein zu gehen und sich durch einen großen Titel verblüffen zu lassen, sondern selbst zu denken und den Herren in der Leipziger Straße zu Berlin das nächste Mal Jemand hinzuschicken, der Schwielen in der Hand hat und weiß, wie Arbeit im Schweiß des Angesichts schmeckt. Wir treffen also unsern Freund dieser Lage und fragen ihn: „Nun Michel, bald wird das Bier besser, Fürst Bismarck hat gesagt, wenn nur erst die Brausteuer doppelt so hoch ist, dann verlohnt es sich nicht mehr der Mühe, schlechtes Bier zu brauen.“

Michel kratzt sich hinter'm Ohr und meint: „Das ist mir zu hoch. Seitdem die Kaffeesteuer existirt, giebt es immer mehr Cichorienbrühe zu trinken und die Tabaksteuer hat auch noch nicht dahin geführt, daß ich Havanna-Cigarren rauche.“

Lieber Michel, das verstehst Du nicht, Bismarck kennt die Wirkung der indirekten Steuern besser. Als die Mahl- und Schlachtsteuer existirte, da gab es in Berlin noch wenige Social-Demokraten, aber die größten Döfien und die dicksten Eisbeine. Bismarck muß das am besten wissen.“

Aber Michel schmunzelt: „So weht der Wind? — Gewiß, ich habe immer die fettesten Döfien nach der Stadt hineingetrieben, aber deshalb, weil die Steuer je nach dem taxirten Gewicht erhoben wurde; denn mageres Vieh zu versteuern, verlohnte sich nicht der Mühe, weil Haut, Knochen und sonst unbrauchbare Theile im Verhältnis zum Fleisch bei ihm einen allzu großen Prozentsatz ausmachen. Also Bismarck will gewiß in Zukunft das Bier literweise versteuern lassen und sagt sich, daß alsdann dasselbe um so stärker und theurer gebraut werden wird, weil der Brauer an der Steuer sparen will?“

„Nein, guter Michel. Die Steuer soll gerade so er-

hoben werden, wie bisher. Das Malz, das Weizenschrot, der Zucker u., mit einem Wort, Alles, was das Bier gehaltreich macht, wird doppelt so hoch versteuert, wie früher. Aber die Zusätze zum Bier, das Glycerin — Du weißt, das wird beim Seifensieden aus Thierfett herausgeschmort — und die Quassia, die Du beim Krämer als Fliegengift kaufst, die sollen gar nicht versteuert werden.“

„Da soll das Donnerwetter dreinschlagen — brüllt Michel — wenn ich nach Bismarck's Rezept in Zukunft was Anderes zu trinken bekomme als Quassia mit Glycerin und sonstige Gemische Brühe; die Brauer haben schon jetzt dem Hopfen und Malz tödliche Feindschaft geschworen, hernach aber wird es nichts weiter geben, als Medizin oder echtes Gift. Das wäre ja genau dasselbe, als hätte man zur Zeit der Schlachtsteuer Hen, Klee und Schrot besteuert, womit mir das Vieh mästen, es wäre dann nicht ein einziges Stück Vieh gemästet, sondern nur mageres Vieh geschlachtet worden! Das kann sich jeder Bauer an den zehn Fingern abzählen.“

„Aber, lieber Michel, die Liberalen haben doch alle Bravo gerufen und die konservativen Herren schmunzelten alle und Jeder schien zu denken: so lange mein Weinkelker vor Rebläusen und meine Austerhühner vor dem Steuerheber sicher sind, so lange läßt sich schon leben. Und gegen Biersteuer und Bierverfälschung ist der am sichersten geschützt, der nur Wein oder nur Wasser trinkt. Für uns den Wein, für das Volk das Wasser, denn Schnaps und Bier ist ja doch ein Luxus, und für den Michel ist es bei den schlechten Zeiten am gerathensten, wenn er hübsch fleißig und sparsam ist, mehr und zu niederm Lohn arbeitet, als bisher, nota bene, sobald er überhaupt Arbeit findet, und wenn er klares unverfälschtes Wasser trinkt.“

Michel antwortete diesmal gar nichts. Aber an den Augen sah man es ihm an, daß er über die schöne Sparsamkeit auf seine Kosten nachdachte, daß er sich im Stillen sagte: „Wäret ihr Doktoren, Professoren und Landräthe doch statt im Reichstage dort wo der Pfeffer wächst. Groß waren die Döfien, die ich seit der Schlachtsteuer nach Berlin hineingetrieben habe, aber noch größere Döfien waren ich und alle meine deutschen Brüder selbst, die durch ihr dummes Wählen sich selbst den Bierkrug mit dem Wassernapf vertauscht haben.“

Michel, schreib Dir diese Gedanken hinter's Ohr. Vergiß sie in Deinem ganzen Leben nicht mehr!

Deutscher Reichstag.

Freitag, den 3. Dezember.

Berathung der neuen Strafgesetznovelle. Zuerst ergreift der Bundes-Kommissar, Justizminister Dr. Leonhard das Wort und motivirt kurz die Vorlage. Der Gesetzgeber steht nicht über der Zeit, sondern mitten in der Zeit, in welcher er lebt, deshalb muß er sich auch nach den Erscheinungen, welche diese bietet, richten. In ruhiger Zeit wird man leichter geneigt sein, sich neue Ansichten anzueignen; da die Schöpfung des neuen Strafgesetzbuches in eine solche Zeit fiel, sind solche neue Ansichten hineingekommen. Seitdem hatten wir große sociale und politische Wirren — die Rohheit ist gewachsen, der Sinn für die öffentliche Ordnung ist verloren gegangen (Dho! links), deshalb muß das Strafgesetzbuch Rücksicht nehmen auf den Wechsel der Zeit und Strafverschärfungen sind einzuführen bei allen derartigen Thatbeständen, auf welchen dieser Wechsel im bösen Sinne eingewirkt hat. (Lautlose Stille.)

Abgeordneter Lasler bemerkt hierauf, daß die liberale Partei nicht auf die hauptsächlich politischen Strafparagrafen eingehen werde — die Trauben sind nämlich sauer, weil jene Paragrafen gelegentlich auch einmal gegen die Liberalen angewandt werden können. Redner ist daher dafür, daß nur die übrigen Punkte der Novelle an eine Kommission verwiesen werden.

Nach Lasler, welcher ziemlich zwei Stunden gesprochen, ergreift Fürst Bismarck das Wort. Er will nur die politischen Gründe vorführen, welche die Regierungen veranlassen, gewisse Paragrafen in die Strafgesetznovelle aufzunehmen. Die juristischen Gründe werde er seinen jur. Kollegen im Bundesrathe überlassen. Nach einigen Bemerkungen, welche das Recht des Reichstages anerkannten, die Vorlage beliebig zu ändern oder abzulehnen, kam die Erklärung, daß er, wie die übrigen Mitglieder des Bundesraths zu jeder Zeit in der Lage seien, durch Aufgeben ihrer Stellungen sich derjenigen Verantwortlichkeit zu entziehen, die sie trüfe, wenn geforderte Maßregeln nicht gutgeheißen würden. Für wissenschaftliche Theorien habe er kein Verbalen wenig Neigung gehabt, für ihn gelte das politische Bedürfnis. Lasler habe eine ganz edle Neigung für Milde und Humanität, die aber seiner Meinung nach von den Opfern der Verbrecher häufig als unpraktisch erkannt werden möchten. Er erklärt sich für einen besseren Schutz, mit anderen Worten, für schärfere Bestrafung des Widerstandes gegen die Polizei und Executionsbeamten. Die Fälle solchen Widerstandes haben in den letzten Jahren sich sehr vermehrt. Seiner Meinung nach solle das einfache körperliche Verühren eines Polizeibeamten mit schwerster Strafe geahndet werden. Natürlich findet er auch die Strafbestimmungen gegen Beamte des auswärtigen Amtes, die

im Dienste ein Vergehen begangen haben, ganz in der Ordnung. Er macht die Annahme dieser Bestimmungen zur Cabinetsfrage. Die auswärtige Politik könnte nicht nach juristischen Theorien gebildet werden. Er kann sich mit der bloßen Disciplinargewalt gegen seine Untergebenen nicht begnügen und sucht dies durch verschiedene Beispiele zu beweisen.

Abg. Dr. v. Schwarze, welcher nach dem Reichskanzler das Wort erhält, bestritt die Revisionsbedürftigkeit des Strafgesetzbuches.

Abg. Hänel erklärt sich Namens der Fortschrittspartei mit den Ausführungen Lasler's und seinen Anträgen über die geschäftliche Behandlung der Vorlage einverstanden. Dagegen wendet er sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers über die Erhöhung des Strafminimums bei Vergehen gegen die Executionsbeamten und macht eine recht billige Opposition.

Die Socialisten wurden wieder mundtot gemacht. Durch Annahme des Schlusses der Debatte wurde dem Abg. Rotteler, welcher sich Namens der social-demokratischen Abgeordneten zum Wort gemeldet, dasselbe abgeschnitten.

Die Anträge Lasler's über die geschäftliche Behandlung der Vorlage fanden fast einstimmige Annahme. Darauf wird die Sitzung gegen 7,5 Uhr geschlossen.

Sitzung am Sonnabend, 4. Dezember, Nachm. 1 1/2 Uhr.

Zur Verathung steht die Fortsetzung der zweiten Verathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Abänderung des § 4 des Gesetzes über das Postwesen, Artikel 8.

Nach demselben soll nach der Regierungs-Vorlage die Postverwaltung verpflichtet sein, wenn ein Postbeamter im Dienst auf der Bahn verunglückt, der Eisenbahn-Verwaltung den auf Grund des Haftpflichtgesetzes geleisteten Schadenersatz zurück zu erstatten, wenn der Schaden durch die für die Zwecke des Postdienstes getroffenen besonderen inneren Einrichtungen der Postwagen oder auch durch solche Anordnungen der Postverwaltung verursacht wird, in Folge deren die Ausübung des Eisenbahn-Postdienstes mit erhöhter Gefahr verbunden.

Die Kommission hat folgende Fassung vorgeschlagen: „Falls nicht der Tod oder die Körperverletzung durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen des Eisenbahn-Betriebs-Unternehmers, seines Bevollmächtigten oder Repräsentanten oder einer der im Eisenbahn-Betrieb verwendeten Personen herbeigeführt worden ist.“

Die Debatte selbst bietet nichts Bemerkenswerthes, als daß vom Referenten der Kommission bewiesen wurde, daß der Postdienst auf den Eisenbahnen ein sehr gefährlicher sei. Ein Antrag des Abgeordneten v. Minnigerode, der der Regierungs-Vorlage ziemlich gleichlautend ist, führt zum Hammelprung; es stimmen für den Antrag 104, dagegen 128. Ein Antrag des Abgeordneten v. Kleist wird ebenfalls abgelehnt und schließlich mit schwacher Majorität der Kommissions-Antrag angenommen.

Die andern Artikel der Vorlage werden ohne Diskussion angenommen.

Es werden alsdann ohne weitere Debatte verschiedene Petitionen erledigt.

Dritter Punkt der Tagesordnung betrifft den mündlichen Bericht der VII. Abtheilung über die Wahl im 4. Doppelner Wahlkreis.

Referent der Kommission beantragt in Anbetracht der großen gesetzwidrigen Vorkommnisse bei der Wahl nicht eine Anzeige der Kompromittirten bei der Staatsanwaltschaft, sondern direkte Uebergabe an die Gerichte.

(Man wird hieraus ersehen können, wie dort gewirthschaftet worden.)

Das Haus ist auch hiermit ohne Widerspruch einverstanden. Schluß der Verathung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr Mittags.

Montag, den 6. Dezember.

Reichstags-Sitzung fand nicht statt.

(Der Reichstag eingefroren.)

Ueber dem jetzigen Reichstags-Gebäude waltet wirklich ein Unstern. Noch ist in der diesmaligen Reichstags-Periode keine Session vorüber gegangen, in welcher nicht einzelne Unfälle sich ereignet.

In den ersten zwei Sessionen waren zweimal durch herabfallende Studatur-Verzierungen den Reichsboten beinahe die Schädel eingeschlagen.

In der diesmaligen Sitzung wurden die Mitglieder am Donnerstag durch das in nächster Nähe des Präsidenten ausgebrochene Feuer auseinander gejagt. Die entwickelte Hitze zeigte sich deutlich in den am Freitag geflogenen Debatten über die Strafnovelle.

Als heute nun die Reichsboten um 12 Uhr erschienen, war im Sitzungssaal eine sibirische Kälte, trotzdem ein weißer Präsesor über dem Glasdach Gasflammen zur Erwärmung angezündet hatte. Der Sitzungssaal gewährte einen jämmerlichen Anblick, indem sämtliche ältere Herren, selbst der so feurige kleine Lasler, in Pelzröcken saßen, Andere sich in die Hände bliesen oder wie Maurer auf dem Bau die Arme zusammenschlugen. Unter diesen Umständen sah sich der Präsident veranlaßt, nachdem die geschäftlichen Mittheilungen verlesen waren, die Sitzung bis zum nächsten Tage aussetzen. Zähnklappern trennte sich die Reichsboten mit dem Beschluß, zur nächsten Sitzung mit äußerlichen und innerlichen Erwärmungsmitteln bewaffnet zu erscheinen.

Ueber die Ursache dieser Störung verlautet, daß auf Anordnung des Reichskanzlers, weil dieser sich sehr durch Zugluft belästigt fühlte, das Ventilations-System verändert worden sei

und in Folge dieser Aenderung kein höherer Wärmegrad erzielt werden konnte.

Bismard hat jetzt scheinend mit Allem Unglück.

Aus der Hülfskassen-Kommission.

Einer der für die Arbeiter wichtigsten Paragraphen ist der § 16.

Derselbe bestimmt:

- 1) daß die Kasse einen Vorstand haben muß, welcher sie gerichtlich und außergerichtlich vertritt;
- 2) daß die Arbeitgeber, welche Zuschüsse leisten, Anspruch auf Vertretung im Vorstand bis zur Hälfte der Stimmzahl haben.

Im großen Ganzen ist sich die Kommission darüber einig, daß, wenn die Arbeitgeber verpflichtet werden, einen größeren Antheil als ein sonstiges Mitglied zur Krankenkasse zu zahlen, sie auch eine größere Macht im Vorstande entwickeln dürfen, und handelt es sich nur eigentlich um die Frage, auf welches Maß dieses Uebergewicht festzustellen ist.

Ein Antrag, welcher bezweckt, die Worte „nach Verhältnis“ einzuschalten, wird nicht beliebt, weil das gewünschte Vorrecht am Ende gar zu sehr in die Brüche gehen würde.

Die Regierung giebt andererseits unverhohlen ihre Ansicht zu erkennen, daß in sogenannten Gemeindefällen die Gemeindebehörde einen wesentlichen Bestandtheil des Vorstandes bilden solle. (Also eine erweiterte Armenkasse auf Kosten der Arbeiter.) Bei Zwangskassen solle den Arbeitgebern die Möglichkeit eines größeren Einflusses auf die Kasse gegeben werden und bei freien Kassen solle dies der freien Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber überlassen bleiben.

Wir müssen hierbei unseren Lesern jedoch bemerken, daß mit „freien Kassen“ nur solche Kassen gemeint sind, welche ihre Verhältnisse so regeln, daß sie sich unter das Gesetz stellen und anerkannt werden; alle anderen Kassen werden zum größten Theile ausser Acht gelassen, weil ihre Mitglieder der Pflicht unterworfen sind, außerdem noch einer anerkannten Hülfskasse beitreten zu müssen.

Schließlich wird bestimmt, daß es im Absatz 1 heißen solle: „ein durch die Generalversammlung gewählter Vorstand u. s. w.“

Zu Absatz 2 wird eingeschaltet, hinter dem Wort Vorstand: „unter Berücksichtigung des Maßes ihrer Zuschüsse“ u. s. w. und an Stelle der Worte: die Hälfte der Stimmen, „ein Drittel der Stimmen“.

Absatz 3 der Regierungsvorlage, welcher bestimmt, daß Personen, welche ohne genügenden Grund ein Amt im Vorstand ablehnen, nur die Hälfte der ihnen während jener Zeit zustehenden Unterstützung beanspruchen können, wird gestrichen.

Zu § 17 wird nach den Worten „Abänderung ist“ eingeschaltet: „der Gemeindebehörde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, anzumelden“.

§ 18 wird unverändert angenommen.

§ 20, welcher die Bestimmungen über die Generalversammlung festsetzt, wird mit wenig Abänderungen, wie die Regierungsvorlage, angenommen.

Absatz 1 bleibt ganz wie in der Vorlage.

In Absatz 2 wird an Stelle des Wortes „Vertrauensmänner“ „Delegirte“ gesetzt, und an Stelle des Wortes „fünfzig“ „dreißig“.

Absatz 3 bleibt unverändert.

Bei Beratung dieses Paragraphen wurde von Seiten der Vertreter der Fabrikanten-Interessen mit aller Macht hervorgehoben, es dürfe bei den Generalversammlungen der Einfluß der Arbeitgeber nicht zu sehr beschnitten werden, da auf den Generalversammlungen die wichtigsten Bestimmungen getroffen und der Einfluß der Arbeitgeber im Vorstand sonst illusorisch würde.

§ 21 wird unverändert angenommen.

Bei § 22 ist der Umstand zu erwägen, was schlimmer sei, wenn das augenblicklich nicht zu verwendende Geld in den Händen der Kassierer verbleibe oder in Banken niedergelegt werde; trübselige Erinnerungen mancher getrauten Bank riefen diese Erwägungen hervor. Wenn ebenfalls Bedenken hervorgehoben wurden, daß oft die Verwalter die Kassengelder als ihre eigenen betrachteten, so muß dies in Anbetracht der großen Masse von Kassen, welche treu und redlich von Arbeitern verwaltet werden, als eine Unwahrheit, gelinde gesagt, Uebertreibung angesehen werden. (Wenn die bestehende Klasse über Arbeiterverhältnisse spricht, darf sie nicht zu oft in den Spiegel sehen.)

Der Paragraph wird dahin gehend angenommen, daß in demselben die Worte „und in den durch das Statut bezeichneten Banken“ gestrichen werden.

§ 23 ist wiederum Gegenstand einer längeren Erörterung; so wird namentlich die Frage aufgeworfen, wer ein Sachverständiger sei; gewöhnliche Dorfschullehrer und Dorfschulzen könnten als solche nicht angesehen werden, die wirklich Sachverständigen seien aber wiederum zu unpraktisch, da sie nur auf das Bestehende fußten, die oftmals sehr naheliegenden günstigen Chancen nicht in Betracht zögen und somit über die technischen Verhältnisse einer Kasse meistens ein trübes Bild entwerfen würden; andererseits würde ihre Prüfung eine so kostspielige werden, daß sie manche Kasse zu Grunde zu richten geeignet sei; es wurde ein Beispiel angeführt, wo ein deraartiges Gutachten 20 Friedrichsd'or gekostet.

Von Seiten der Regierung wird betont, es solle hierdurch die Grundlage zu besserer Entwicklung gewonnen werden. Wir unsererseits sind mit letzterer Ansicht einverstanden, müssen aber die angeführten Bedenken für die Entwicklung der Kassen als zu erheblich betrachten, glauben auch, daß für eine technische Prüfung der Kassen die Bestimmungen in § 14, wenn sie forreht ausgeführt werden, ein Gutachten über den Stand der Kasse bedeutend erleichtern werden. Wichtiger aber als dieses scheint es uns, daß für die bei den Kassen angestellten Aerzte eine Bestimmung im Gesetz getroffen würde, wonach sie verpflichtet wären, alljährlich einen genauen Bericht über die vorkommenden Krankheits- und Sterbefälle, wie ihre mutmaßlichen Ursachen, an eine zu bestimmende Centralbehörde (Reichs-Gesundheitsamt) und an die Kassen-Vorstände einzusenden.

Der Paragraph wird trotz der erhobenen Bedenken, wie er in der Vorlage steht, angenommen.

Die andauernde Krise ernüchert nach und nach auch die blindesten Berechner des goldenen Kalbes. So bringt die „Berliner Börsen-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 28. November einen Artikel über den **Zustand unserer Finanzen**, der von einer Offenheit zeigt, welche diesem Börsenblatte bisher fremd war. So heißt es unter Anderem in dem betreffenden Artikel:

„An der Börse herrscht jetzt eine so überaus trübe Stimmung vor, wie wir sie in einer langen Praxis noch nicht beobachtet haben. Wir sehen dabei ganz von den großen Courcourängen ab, welche auch heute wieder eintreten, obschon die Notierungen wahrlich schon viel niedriger sind, als man vor Kurzem noch für möglich hielt, die ganze Haltung der Börse war aber so niedergedrückt, daß sich schwer eine Bezeichnung dafür finden läßt. Man hat, wie es fast scheint, die Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse ganz aufgegeben und während früher der Bauffe wenigstens noch einiger Widerstand entgegengesetzt wurde, hat man dies jetzt mit fatalistischer Resignation ausgegeben, verzweifelnd, daß noch Etwas zu retten. So bestätigen sich leider die Voraussetzungen, die wir vor Wochen schon machten und die von anderen Blättern für übertrieben angesehen wurden, in volstem Maß und es ist mehr als fraglich, ob wir in der nächsten Woche Gelegenheit haben werden, von einer Besserung der Verhältnisse zu sprechen. Den wunden Fleck bilden nach wie vor die Geldverhältnisse. In einer Zeit, wo ohnehin der Credit erschüttert ist, werden dem Handel und Verkehr noch Millionen entzogen. Unsere volkswirtschaftlichen Doctoren sagen allerdings, daß es nicht richtig sei, mit zu großem Credit zu arbeiten, durch ihre Maßnahmen führen sie aber nicht bloß eine Einschränkung der Credite herbei, sie vernichten Handel und Verkehr von der Wurzel aus und dann ist allerdings das Uebel erreicht, todtte Leute brauchen keinen Credit mehr. Die Bank sieht sich genöthigt, zu Restriktionen zu schreiten, die Seehandlung, die früher in der umfassendsten Weise lombardirt hat, verweigert weitere Verleihungen, die Privatbanken und Banquiers müssen ihren Kunden gegenüber in ablicher Weise verfahren, so drängt ein Keil den andern, und was bisher noch zusammenhielt, reißt jetzt, da jede Hälfte fehlt. — Wir verstehen in der That nicht, daß man in den . . . die Verwüstungen so leichten Herzens ansieht, die auf dem ganzen weiten Gebiet des Handels und der Industrie zu konstatiren sind, glaubt man etwa, daß die Steuersfähigkeit des Volkes dieselbe bleibt, auch wenn seine materiellen Verhältnisse ruiniert sind. Die Regierung sollte wahrlich Alles daran setzen, in diesen schwierigen Zeiten Handel und Industrie zu stützen, damit das Uebergangs-Stadium überwunden werden kann.“

Run, wenn auch diese Lamentationen nur vom beschränkten Bourgeois-Standpunkte ausgehen, so ist doch schon anzuerkennen, daß hier wenigstens nicht mehr wie früher dem Arbeiter resp. der Social-Demokratie die Kräfte beigegeben wird. Wenn übrigens nicht die Arbeiter durch die Geschäftsstockung am Meisten litten, so wäre unsern Geldbaronen eine solche Gewiß zu wünschen.

Der Riesenprozeß gegen die Elementarversicherungsbank in Wien ist nach fünfwöchentlicher Dauer beendet. Der eine Direktor, Reach, wurde von den Geschworenen schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu dreijährigem Kerker verurtheilt. Der zweite Direktor, Winter, der gleich jenem des Betrugs angeklagt war, ging sammt dem ganzen Verwaltungsrathe straffrei aus. — Reach hat einen Verlust von mehr als 100,000 Gulden einfach dadurch verschwinden gemacht, daß er eine falsche Buchung vornehmen ließ; er ließ seine Gesellschaft mit der Hypothekar-Vericherungsbank, welche letztere zum großen Theile dieselben Verwaltungsräthe hatte, wie die erstere, einen „Kreditvertrag“ abschließen, so daß Reach's Gesellschaft von der Hypothekarbank ein Darlehn von mehr als 100,000 Gulden bekam, während die Hypothekarbank von Reach's Unternehmen selbstverständlich nicht nur nie einen Kreuzer geliehen, sondern auch ihr gutes Geld nicht mehr zurückbekommen konnte; Reach erzwang, nachdem er aus der erzählten Allgemeinen Hypothekar-Vericherungsbank die neue, schon in ihrem Entstehen trankel Anstalt herausgeschält hatte, mehrere Unterstützungen der Gesellschaft durch solche Personen, welche um jeden Preis Verwaltungsräthe werden wollten; dann trieb er eine Anzahl kleiner Streiche, die derart grell waren, daß ihn der alle Zeit gefügige Verwaltungsrath suspendirte; allein da Niemand mit der heillosen Wirtschaft weder aus noch ein wußte, mußte Reach zurückberufen werden. Da soppte er die Leute abermals, veröffentlichte gefälschte Dokumente über den „günstigen Stand“ der Gesellschaft, schaffte wieder etwas Geld herbei u. s. w., bis denn doch Alles nichts nützen wollte, und der Zusammenbruch erfolgte. Die Details lassen sich hier unmöglich aufzählen. Ueberdies hat der Prozeß nicht alle dunklen Partien aufgeklärt. So z. B. waren 6000 fl. verschwunden, und sie blieben es auch trotz der hundert Zeugen. Kein Mensch — außer etwa Reach — weiß heute noch, nachdem der Prozeß beendet ist, wohin jene 6000 Gulden gerathen sind.

Großes Aufsehen macht in Oesterreich noch immer die in letzter Nummer gemeldete Affaire des Reichsraths-Abgeordneten für Marburg, Friedrich Brandstetter. Dieser „Volkvertreter“, Liberaler vom reinsten Wasser, hat neben den Pflichten eines Abgeordneten noch Zeit gefunden, Wechsel auf den Namen seines Freundes Konrad Seidl im Betrage von etwa 60,000 fl. zu fälschen; jedenfalls eine eigenthümliche Art, die Interessen der Wähler zu vertreten, eine Art, die auch bei der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichtes Gili derartige Bedenken hervorgerufen hat, daß sie bei dem Abgeordnetenhaus um die Bewilligung zur Einleitung der strafgerichtlichen Untersuchung gegen den genannten Abgeordneten und um die Genehmigung seiner Verhaftung ansuchte. Die Belastungsmomente müssen sehr gravirend sein, da das Haus in geheimer Sitzung sogleich seine Zustimmung zu dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft gab. Brandstetter verfuhr bereits durch Selbstmord seiner traurigen liberalen Citizens ein schnelles Ende zu machen, hat jedoch nicht die nöthige Dosis Gift angewendet, die dazu nothwendig war.

In Graz hat am 1. Dezember, wie von uns bereits gemeldet, der **Hochverraths-Prozeß** gegen Tauschinski und Genossen begonnen.

Die I. L. Staatsanwaltschaft in Graz erhebt, wie wir der Wiener „Gleichheit“ entnehmen, gegen Hippolyt Tauschinski, Schriftsteller, 35 Jahre alt, ferner gegen Karl Hochreiter, Arbeiter; Hermann Wanke, Arbeiter; Josef Lederer, Arbeiter; Josef Beilmäier; Albert Hollmann; Franz Lederer, Arbeiter; sammtlich beim I. L. Landgerichte Graz in Untersuchungshaft — die Anklage: Erheber, Tauschinski, habe dadurch, daß er behufs gewaltsamer Realisirung des von der social-demokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs auf dem am 5. und 6. April 1874 zu Neudorf abgehaltenen Kongresse vereinbarten Programmes, welches den Umsturz der bestehenden staatlichen und sozialen Institutionen anstrebt, durch Bildung eines Geheimbundes, durch Einberufung eines zweiten Delegirten-tages der social-demokratischen Arbeiterpartei, durch Verfassung, Unterfertigung und Verbreitung der Aufforderungen zur Beschickung des zweiten Delegirten-tages ddo. Graz, Mitte Februar, 10. März und 31. März 1875, in welchen zum Hass und zur Verachtung

gegen die Staatsbehörden aufgewiegelt wird, durch Verbreitung socialistischer Ideen in Wort und Schrift, durch Entsendung von Agitatoren, endlich durch Verfassung und Verbreitung der Gedichte: „Aufruf“ und „An den Mond, zweiter Theil“, welche die Arbeiter zur Empörung und zum Bürgerkrieg im Innern aufzufordern, sowie durch Schilderung der glücklichen Zustände, welche dem Vernichtungskampfe nachfolgen, etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform, was auf eine Empörung oder einen Bürgerkrieg im Innern angelegt war, das Verbrechen des Hochverrathes gemäß § 58 lit. c. St.-G., strafbar nach § 59 lit. c., eben daselbst begangen. Zweitens: Karl Hochreiter habe sich durch Einberufung des zweiten Delegirten-tages, durch Unterfertigung und Verbreitung der erwähnten Aufforderung zur Beschickung desselben, zur Theilnahme an diesem Delegirten-tage, durch Entsendung von Agitatoren, endlich durch Mitwirkung an der Verbreitung der eben genannten Gedichte desselben Verbrechens schuldig gemacht. Drittens: Hermann Wanke habe dadurch, daß er zu demselben Zwecke über Aufforderung und im Solde des mit der einheitlichen Organisation der social-demokratischen Arbeiterpartei betrauten Geheimbundes eine Agitationsreise in den deutsch-österreichischen Kronländern des Kaiserthumes unternahm, um die Massen für die social-demokratische Partei zu gewinnen, ferner dadurch, daß er in derselben Absicht das Rundschreiben an die Parteigenossen, ddo. Graz, 10. März 1875, verfaßte und verbreitete, an dem zweiten Delegirten-tage theilnahm, daß er die Aufsätze: „Offener Brief an die Parteigenossen von Schönberg, Römerstadt und Prosnitz“, „Kultur und Eigenthum“ und der Brief „An die Parteigenossen“, ddo. Römerstadt, 12. Mai 1875, welche zum Hass und Verachtung gegen die bestehende Regierungsform und Staatsverwaltung, zum Hass gegen den Bürgerstand auffordern, die Rechtsbegriffe des Eigenthums herabwürdigend und zum Hass und zur Verachtung gegen die Behörden ansetzend — verfaßte und weiter verbreitete, daß er das Gedicht „Aufruf“ vertrieb, ebenfalls das Verbrechen des Hochverrathes begangen. Viertens: Josef Lederer habe dadurch, daß er zu demselben Zwecke die Briefe ddo. Graz, 6. Februar 1875 und 4. April 1875, in welchen zur gewaltsamen Erhebung aufgefordert wird, verfaßte und weiter verbreitete, daß er die beiden von Tauschinski verfaßten Gedichte öffentlich vortrug und selbe in Schrift und Druck weiter verbreitete, das Verbrechen des Hochverrathes schuldig gemacht; ebenso fünftens: Josef Beilmäier, durch Weiterverbreitung des Briefes von Josef Lederer, ddo. Graz, 4. April 1875, und des Gedichtes „Aufruf“, Sechstens: Albert Hollmann durch Verbreitung des Gedichtes „Aufruf“; Siebentes: wird Franz Lederer der Mitschuld an dem Verbrechen des Hochverrathes gemäß § 61 St.-G. bezichtigt, weil er von der Behörde erstattete und auch die Anzeige einer hochverräterischen Unternehmung unterließ, obschon diese Anzeige weder ihn selbst noch seine Angehörigen gefährden konnte.

Unter den 146 Aktenstücken, deren Verlesung bei der Hauptverwaltung die Staatsanwaltschaft beantragt, nennen wir: Konzept eines Briefes von Dr. Tauschinski an den Grafen Hohenwart; Offener Brief an die Parteigenossen von Schönberg u. s. w.; Verfaßt von Wanke; die beiden Gedichte „Aufruf“ und „An den Mond, zweiter Theil“; Croquis einer Vertheidigung des Gedichtes „Aufruf“; Protokoll über die Zusammenstellung der in Marchegg aufgefundenen zerstückten Schriftstücke sammt Beilagen, darunter ein Bericht Tauschinski's an den Kongreß; Promemoria Tauschinski's; Briefe Lederer's an Beilmäier; ein Gedicht an die Feuerwehr; ein Gedicht „Wir sind Soldaten“; der „Geheimbund in Oesterreich“; „der Staat ist in Gefahr“; Konzept einer Abschiedsrede; Bericht der Kerkeraufsicht sammt Beilagen; das Neudorfer Programm; Blätter aus Tauschinski's Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

In der Motivirung der Anklageschrift verfolgt der Staatsanwalt die Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich seit ihrem Entstehen im Jahre 1867.

Die Anklage geht auf den Neudorfer Kongreß vom 5. bis 6. April 1874 über, bei welchem Tauschinski den Vorsitz führte, und der ein Programm beschloß, das durch Ministerial-Erlaß als staatsgefährlich erklärt wurde. Zugleich wurde beschlossen, der Partei eine stramme, streng einheitliche Organisation zu geben, deren Grundzüge darin bestanden, daß ein Central-Comité für die Leitung der Partei-Angelegenheiten in ganz Oesterreich und ein Landes-Comité in jedem Lande zu errichten seien. Als Aufgabe dieser Comité's wurde bezeichnet: Gründung von Vereinen, Vergrößerung der bestehenden durch Heranziehung neuer Mitglieder, Aufstellung von Programmen und Tagesordnungen für die Zusammenkünfte und Feste der Arbeiter, Entsendung von Rednern und Agitatoren zu diesen Zusammenkünften, um die Arbeiter für das in Neudorf vereinbarte Programm zu gewinnen, endlich Einführung einer Parteisteuer. Dem Central-Comité stand ferner die Uebernahme des Parteiorganes „Gleichheit“ zu, welchem die Rolle eines Moniteurs der Parteileitung der social-demokratischen Arbeiterpartei zugedacht war. Als Sitz des Central-Comité's wurde Graz designirt und die Durchführung der auf dem Kongresse im Prinzipie vereinbarten Organisation dem Dr. Tauschinski übertragen.

Das Central-Comité konstituirte sich bald darauf, ebenso das Landes-Comité für Steiermark. — Die Wirkung derselben äußerte sich alsbald in dem Hervortreten einer lebhaften Bewegung in allen Schichten der Arbeiterbevölkerung.

Die Anklage geht nun zu dem vorjährigen Prozesse gegen Dr. Tauschinski und Genossen über und fährt fort: Daß die Bewegung nicht völlig erschlafe, dafür sorgte Tauschinski, der mit ungebeugtem Muthe und gehobenen Vertrauen noch während seiner Haft Verbindungen anzuknüpfen und Schritte zu unternehmen verstanden hat, welche die Wiederaufnahme einer kräftigen, geschlossenen und schwingvollen Aktion sicherten.

Nach den Weisungen, die Tauschinski aus dem Kerker durch Michael Kappauf den Genossen zugehen ließ, wurde ein Comité eingesetzt, um einen zweiten Delegirten-tage der social-demokratischen Partei einzuberufen und in dieses Comité außer Kappauf, noch Franz Lederer, Franz Rabella, Karl Hochreiter, Ferdinand Gabriel und Franz Beilmäier zugezogen.

Auf der Tagesordnung dieses Kongresses standen: 1. Bericht. 2. Parteipresse. 3. Organisation. 4. Einzelne Parteiverhältnisse. 5. Produktivgenossenschaften. 6. Stellung der Arbeiterpartei zu den anderen Parteien. 7. Agitation. Als späterhin Hermann Wanke und Hippolyt Tauschinski aus der Haft entlassen wurden, nahmen auch diese an den Beratungen des Comité's Theil.

Der Kongreß trat am 16. Mai 1875 zu Marchegg in Ungarn zusammen; an demselben theilnahmen auch Graz: Karl Hochreiter, Franz Rabella, Franz Lederer und Wilhelm Euler aus Leoben. Ueberdies wurde durch Tauschinski's Vermittelung dem Schriftsteller Emil Reinthal ein Mandat von Marburg ausgestellt. Außerdem waren anwesend 16 Delegirte aus Oesterreich, 7 aus Mähren und Schlesien, einer aus Salzburg und zwei aus Tirol. Der von Karl Hochreiter eröffnete Kongreß

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Dezember.

Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff hat bei seinen gegenwärtigen Unterredungen mit dem Fürsten Bismard sich sehr zurückhaltend gezeigt. Der russische Kanzler hatte darauf hingewiesen, daß er sich seit dem Monat April beständig im Auslande aufgehalten habe, was ihm nur gestatte, rein persönliche Ansichten zu äußern. In Berlin scheint man mit Gortschakoff nicht recht zufrieden gewesen zu sein.

wurde kurz nach der Eröffnung von der Behörde gesperrt und dessen Mitglieder mit gebundener Marschroute in ihre Justizgeheimnisse entlassen. Sämtliche Schriftstücke wurden von den Delegierten zerstört. Die theilweise von Erfolge gekrönte Konfiskation der Papiere ist konstatirt ein Schriftstück von hoher Wichtigkeit. Es ist dies der Bericht, welchen Dr. Luschinski an den zweiten Delegiertentag erstattete.

Die Anklage schließt mit der Mittheilung des wesentlichen Inhalts der oben zitierten „belastenden“ Schriftstücke.

Die Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfes betreffend die Presse in Frankreich hat ihren Bericht, welcher mit dem Antrag auf Verweisung der Vorlage schließt, vor dem 4. Dezember der Assemblée unterbreitet. Wenn die Verammlung den Antrag der Kommission annimmt, so wird die Regierung die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes während der Wahlperiode fordern. — Trotzdem ist Frankreich Republik. Ein Putsch gegen den bekannten Bonapartisten Paul de Cassagnac wird am 7. Dezember zur Verhandlung kommen.

Der „Hamburgische Correspondent“ jammert wieder einmal über die Fortschritte, welche die Social-Demokratie, wie überall, so auch in Schleswig-Holstein macht. So schreibt er in seiner Nummer vom 27. November:

„Herr Rechtsamwalt Jonas aus Wandsbek hatte neulich nach Ahrensberg eine Versammlung ländlicher Ortsvorsteher berufen, behufs Einleitung einer Agitation für die nächsten Reichstagswahlen. Es fand ein Meinungsaustausch über einen geeigneten Kandidaten statt, der namentlich auch den ländlichen Bezirken genehm sei. Diese Mühseligkeit ist anerkennenswerth, da angesichts der stark agitierenden sozialistischen Partei alle Kräfte aufzubringen müssen, um die Bevölkerung, namentlich die Arbeiterklassen, rechtzeitig durch Aufklärungen in Wort und Schrift den Versuchungen der Sozialisten zu entziehen.“

Nun, „unsere Gegner mögen alle Kräfte aufbieten“, sie werden es bei den nächsten Wahlen erleben müssen, daß die Arbeiterklassen am längsten das Stimmvieh der Bourgeoisie gewesen sind.

Die kostenfreie Freisprechung unseres Parteigenossen Auer, Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterpartei, erfolgte vom Altonaer Kreisgericht am 3. Dezember, indem der Gerichtshof es als thatsächlich nicht festgestellt erachtet, daß die §§ 141 und 163 angewendet seien, zumal der Vortrag Auer's in Umschreibung nicht aufregend gewesen, auch derselbe keine Thatsachen behauptet, die wissenschaftlich noch ungewiss sind. Er hat wohl gesprochen, daß einzelne Klassen auf Kosten Anderer schweigten u., aber auch hier sei der § 130 nicht anwendbar und deshalb sei auf kostenfreie Freisprechung zu erkennen.

Parteigenosse Rindt, der frühere verantwortliche Redakteur des „Volkstaats“, hat am 1. Dezember im Leipziger Bezirksgericht eine Haft von vier Monaten angetreten. Verschiedene andere Prozesse gegen Rindt, deren Zahl sich auf 13 gesteigert hat, sind noch in der Schwebel.

Die Bevölkerung Berlins beläuft sich nach der Volkszählung vom 1. Okt. auf 905,000 Köpfe, das Militär nicht mit gerechnet. Mit Militär kommt die Kopfzahl auf ca. eine Million zu stehen.

Berlin, 3. Dezember. (Volksversammlung.) (Schluß.) Ein Centner Kaffee kostet z. B. 170 Silbergroschen Steuer; der Großist, der gleich Hunderte von Centnern kauft und versteuern muß, will jedoch die durch die indirekte Steuer zu zahlende Summe nicht unverzinst ausgelegt haben und läßt sich beim Verkauf der versteuerten Produkte nunmehr auch noch die Zinsen des durch die Steuer ausgelegten Kapitals vom Konsumenten zurückerstatten. 1 Pfund Kaffee hat der Konsument nunmehr schon mit 2 1/2 Silbergroschen zu versteuern. Der noch ärmere Konsument, welcher seinen Kaffee nicht pfundweise, sondern lothweise kaufen muß, hat aber eine noch höhere Steuer zu entrichten, denn die Steuersumme wird mit dem geringer werdenden Quantum immer noch eben abgerundet, so daß nunmehr auf jedes Loth 1 Pfennig Steuer entrichtet werden muß. Der ganz Arme hat demnach das Pfund Kaffee mit 3 Silbergroschen zu versteuern. Ueberhaupt, je ärmer der Mann, je höher die Last. Dies System wird durch die Bourgeoisie begünstigt, denn sollte eine direkte Steuer an Stelle der indirekten treten, so müßte sie je nach Besitz erheblich mehr zahlen; das will sie aber nicht und läßt folglich lieber die große Masse zahlen. Selbst im Militärwesen unter der Herrschaft der allgemeinen Wehrpflicht tritt die Bevorzugung des Großkapitals scharf zu Tage. — Beiläufig bemerkt, kann ich mich mit dem gegenwärtigen Militärsystem überhaupt nicht verfühnen, bin vielmehr der Meinung, daß eine Volkswehr nach dem Muster der Schweiz viel billiger und besser das Vaterland gegen äußere Feinde verteidigen könnte, wie dies die französische Republik nach Sedan bewiesen. Allein diese Frage liegt dem heutigen Thema zu fern. Ich komme nunmehr darauf zurück, die Bevorzugung des Besitzes selbst unter der allgemeinen Wehrpflicht nachzuweisen. Wir hätten längst keine dreijährige Dienstzeit mehr, wenn es dem Kapital nicht gelungen wäre, sich selbst im Gegensatz zur befristeten Masse unter der Firma des einjährigen freiwilligen Dienstes mit einem Jahre loszumachen. Das freiwilligen-Institut sagt einfach, wer Geld hat, sein Kind in bessere Schulen zu schicken und später noch ein Jahr als Soldat zu leisten und zu erhalten — denn Bildung ist nicht Sache der Fähigkeiten, sondern nur eine Geldfrage — der braucht nur ein Jahr zu dienen und bekommt noch, falls er nicht ein ausnahmeweiser Schwachkopf ist, ein Patent als Offizier, wogegen der gewöhnliche Mann drei Jahre dienen muß, um nur ein Gemeiner zu werden. In gleicher Weise wie bei der Steuer und dem Militärsystem tritt die Bevorzugung des Kapitals in der Schulfrage in den Vordergrund. Berlin hat 6 Gymnasien, 2 Gewerbeschulen, 6 höhere Mädchenschulen, für welche 1/4 der Gesamtschulsumme, welche die Commune überhaupt für Schulzwecke verausgabt, berechnet, für 2-3 pCt. der Bevölkerung — wohl bemerkt, der besitzenden Klasse, und für jene übrigen 97 pCt. der ärmeren Bevölkerung 7/8 der Gesamtschulsumme berechnet werden. Das heißt, anders ausgedrückt: die Commune bezahlt für jeden Schüler der besitzenden Klasse 11mal mehr, als für jeden Schüler der Reichen bezahlen. In größerem Maßstabe ist dies im Staate in gleicher Weise der Fall, indem die großen Unterhaltungen der Universitäten und ähnlicher höherer Lehranstalten aus dem Steuerfiskus des Gesamtvolkes für die Bildung der Besitzenden genommen werden. In Sachsen zahlt z. B. der Staat für die Bildung des gewöhnlichen Mannes. Ebenso ist es Thatsache, daß die letzten Währungsreformen nur unseren Kapitalisten zu Gute kommen, und ein Blick auf die Verwaltung des Invalidenfonds genügt, um uns zu belehren, daß einige wenige invalide Offiziere gar viel vom Fonds absorbieren, während die große Masse der armen Krüppel recht lang ausgeht. Außerdem ist der Invali-

denfonds in solchen Papierten angelegt, die, wie eine der letzten Reichstagsverhandlungen zeigte, für unsere Gründer und Eisenbahnbarone fette Dividenden schaffen.

Also wiederum nur die Interessensvertretung des Großkapitals!

Nach alledem müssen die Kleingewerbetreibenden begreifen, daß sie vom Großkapital nichts Gutes zu erwarten haben. Die Arbeiter sind auf der untersten Stufe des Glends und der Abhängigkeit angekommen. Die Kleingewerbetreibenden kommen erst, aber sicher eben dahin, die Presse ist das Hauptmachtmittel des Großkapitals. Sie macht die öffentliche Meinung. Die Kleingewerbetreibenden, die derselben blindlings glauben, werden in frecher und schamloser Weise durch dieses Institut des Großkapitals belogen und schließlich ruiniert. Es ist dies lediglich die Folge des Vertrauensbustels und der Unwissenheit derselben.

Wenn auch der Kleingewerbetreibende mit dem Arbeiter hin und wieder in Konflikt geräth, so ist dies nur die Folge der Eingangs erwähnten modernen gesellschaftlichen Einrichtungen. Das natürliche richtig verstandene Interesse dieser Klasse müßte sie zu gemeinschaftlichem Streben, resp. Hand in Hand gehen mit dem Arbeiter veranlassen. Sie müßten mit uns vereint mit allen Mitteln dahin streben, aus dem heutigen Klassenstaate den freien Volksstaat zu formen.

Dann, aber auch nur dann, wird die Nation sich auf eine bis dahin ungeahnte Höhe aufschwüngen. Denn eine große Anzahl arbeitsfähiger Männer, welche heute, weil sie Soldat, nicht in die Produktion eingreifen können, vielmehr ernährt werden müssen, werden alsdann mitarbeiten, und nicht nur an ihrer eigenen Existenz, sondern auch an der Vergrößerung des Nationalreichtums mitwirken. Ferner die große Zahl der Beamten werden in zweckmäßiger Weise als heute im Dienste des Gemeinwohls zur erhöhten Wohlfahrt der Nation beitragen. Die Reclame für fertige Produkte wird nach beseitigtem Schwindel aufhören dürfen, wodurch wiederum eine große Zahl arbeitsfähiger Personen, welche sich heute lediglich mit dem Vertrieb bereits fertiger Waaren beschäftigen, der neuen Waaren schaffenden Produktion zugeführt werden. Die Umwandlung des modernen Klassenstaats in den freien Volksstaat ist nur auf politischem Wege und die Umwandlung der modernen auf Ausbeutung beruhenden Produktionsweise in die genossenschaftliche, keinem Risiko unterworfenen Arbeit nur mit Staatshilfe möglich.

Die moderne Presse hat es aber fertig gebracht, unter den Kleingewerbetreibenden eine bestimmte Furcht gegen Staatshilfe zu verbreiten, hat sich aber wohl gehütet, ihrem Publikum begreiflich zu machen, daß wir Sozialisten eine derartige Intervention keineswegs von dem heutigen Klassenstaate beanspruchen, sondern nur von einem, auf vollständig demokratischen Grundlagen beruhenden Staatswesen. Wo aber keine Klassen, sondern die Gleichberechtigung Aller herrscht, ist auch kein Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft vorhanden, beide gehen Hand in Hand. Es ist eine Verirrtheit, diese großartigen Umwandlungen von heute zu morgen mit Gewalt durchzuführen zu wollen; aber wir wollen dies auch nicht, wir wollen dies vielmehr nur durch die Verbreitung wahrer Bildung und Erkenntnis und durch Massen-Agitation jener 90 pCt.

In den dreißiger und vierziger Jahren galt der Liberalismus als Verbrechen, der Feudalismus hatte seine geschichtliche Periode hinter sich und mußte mit geschichtlicher Nothwendigkeit dem Liberalismus weichen. Heute herrscht der Liberalismus, reaktionär und volksfeindlich, aber auch er wird der höheren Gesellschafts-Entwicklung des Sozialismus weichen müssen. Die Kleinbürger aber und Arbeiter, die, wie ich gezeigt, an dem heutigen Staate keine Freude haben können, werden immer klarer das hohe Ziel erkennen und mit der ihnen angebornen Liebe zum Rechte und zur Freiheit das Prinzip der Menschenliebe trotz reaktionärer Strafgesetznovellen, trotz Liberalismus und Großkapital zum Austrage bringen.

Parteigenosse Baumann fordert zum Schluß die Anwesenden auf, der Sozialistischen Arbeiterpartei oder dem Berliner Arbeiter-Wahlverein beizutreten und zahlreich auf die Arbeiterblätter zu abonnieren. Nach Annahme folgender Resolution wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterpartei und deren Abgeordnete geschlossen. Paul Grottkau.

Kopenhagen, 1. Dez.

In meinem früheren Schreiben hatte ich versprochen, das Resultat betreffs des von unserem höchsten Gerichte gefällten Urtheils in der bekannten Anklage des Polizeidirektors Krone gegen die Centralverwaltung der dänischen Arbeiterpartei wegen Abhaltung einer Volksversammlung auf Nordersø an einem Sonntag Nachmittag — 18. Juli — mitzutheilen. Obgleich der von der Regierung bestellte Vertheidiger sein Bestes that, um Freisprechung für uns zu erlangen, bestätigte der Gerichtshof das in erster Instanz gefällte Urtheil, welches für 5 Mitglieder auf 90 Kronen Geldbuße lautete, und für 12 andere auf 20 Kronen per Mann, dazu die Unkosten in solidum, ca. 120 Kronen, also im Ganzen über 500 Kronen (ca. 565 Reichsmark). Dies ist das erste Urtheil des höchsten Gerichtshofes in der bedeutenden Frage, ob der § 88 unseres Staatsgrundgesetzes, wonach sich die Bürger unbewaffnet frei versammeln können, noch gültig ist oder ob die aus der vormärzlichen 1848-Periode stammende sogenannte Feiertagsordnung, die den Polizeibehörden erlaubt, öffentliche Versammlungen an Sonn- und Feiertagen zu verbieten, das einzig gültige ist. Das Land muß der Socialdemokratie dankbar dafür sein, daß diese Frage jetzt zu einer brennenden geworden ist durch diesen Auspruch des höchsten Gerichtshofes. Für uns Sozialisten war das Urtheil nicht überraschend, denn die Gerichtshöfe sind nur ein Ausdruck der herrschenden Klasse, und in sehr seltenen Fällen werden die Gerichte ein unparteiisches Urtheil fällen, also sich über kleinliche Parteinteressen hinwegzusetzen wissen, weil sie eben den jetzigen Klassenstaat gegen die Gegner desselben verteidigen sollen, selbst wenn dadurch alle moralischen und juristischen Gesetze zu Grunde gerichtet werden. Doch — je toller, je besser — den gleichgültigen Arbeitern und der kleinen Bourgeoisieklasse werden vielleicht desto eher die Augen aufgehen bei solch hartnäckigem Verfahren der Behörden im „Rechtsstaate“ Dänemark. Daß die Regierung durch dieses Urtheil in Verlegenheit gerathen ist, beweist das dem am letzten Montag zusammengetretenen Reichstage vorgelegte Gesetz, betreffend die Abschaffung der alten und Einführung einer neuen Feiertagsordnung, um den jetzigen Uebelständen abzuhelfen. Die Regierung hatte wahrcheinlich durch die Presse erfahren, daß die Linke im Reichstage, welche ebenfalls in ihren politischen Operationen durch benannte Verordnung gestört wurde, einen Gesetzentwurf einreichen würde, und sie hat sich beeilt, dieser Kalamität zuvorzukommen. Mein, wie man sich denken kann, ist der neue Vorschlag ebenso altfränkisch, wie das jetzige Gesetz, nur würde durch Annahme dieser Regierungsvorlage unser Versammlungsrecht an Sonn- und Feiertagen gänzlich vernichtet werden. So weit wird's aber die socialdemokratische Partei im Reichstage nicht kommen lassen, und wir erwarten interessante Debatten in dieser Sache.

Da wir nun einmal beim Reichstage sind, will ich mitthei-

len, welche Anforderungen unsere ordnungsstaatliche Regierung sich erdreistet, an den Geldbeutel des Volkes zu stellen. Für außerordentliche Rüstungen zu Wasser und zu Land verlangt sie in dem Decennium 1876—1886 die Kleinigkeit von 72 Millionen Kronen (1 Krone = 1 Rm. 13 Pf.), für die gewöhnlichen jährlichen Ausgaben zur Armee und Flotte ca. 16 Millionen Kronen, für das sogenannte National- oder ökonomische Theater 60,000 Kronen, für höhere Beamte, Neubauten und Reparaturen an königlichen Schlössern, Kasernen u. s. w. eine enorme Summe, desgleichen für die höheren Lehranstalten, und für die Volksschulen — Nichts.

Sie sehen also, haben wie dräben, die Ordnungsmänner bleiben sich gleich überall.

Zum Schluß will ich noch mittheilen, daß von der Centralverwaltung eine Adresse an den Reichstag eingekendet wird, die unsere Uebelstände in's rechte Licht stellen werden.

Mit sozialistischem Gruß an die deutschen Parteigenossen
E. W. Klein.

Altona, 29. Nov. (Gerichtsverhandlung.) Am heutigen Tage sahen sechs unserer Parteigenossen auf der Kallgebank des hiesigen Kreisgerichts wegen der wider sie erhobenen Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Verbrechen sollte begangen sein gelegentlich der am 8. November in Koppelman's Salon aufgelösten Versammlung außerhalb des Lokals. Hier der Angeklagten, die Herren Dittmer, Dunske, Andersen und Steers, waren sofort an demselben Abend verhaftet; Jorschner und Reier hingegen erst am nächsten Tage. Die Angeklagten hatten somit, außer Jorschner, welcher etwa acht Tage entlassen worden, über drei Wochen in Untersuchungshaft zubringen müssen. Jedermann glaubte, hiernach zu urtheilen, daß die Angeklagten eines unendlich schweren Verbrechens überführt werden würden, was eine derartige, die Betreffenden schwer treffende Maßnahme von Seiten der Behörde als notwendig erscheinen lasse. Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung zeigt aber wiederum, daß Berge getreist und ein Käselein zur Welt gekommen ist. Der Angeklagte Jorschner wurde wegen ungenügenden Beweises auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen; die vier Angeklagten wurden zu sieben und Dittmer, weil er bei seiner Verhaftung sich mit den Fäßen gefehrig gegen das Fortschaffen seines Körpers auf den Erdboden gestemmt, zu zehn Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten verurtheilt, die erstittene Haft wurde angerechnet und kamen daher sämtliche Angeklagte auf freien Fuß. Die Gerichtsverhandlung selbst war insofern von Interesse, da der Hauptbelastungszeuge, Oberpolizei-fergeant Weise behauptete, daß der Angeklagte Jorschner seiner wiederholten Aufforderung fort zu gehen, nicht nachgekommen, sondern stehen geblieben sei; wohingegen mehrere Zeugen bestätigten, daß Jorschner vor dem 2. Weize das Lokal verlassen und auf der Straße nicht mit den Benannten zusammen getroffen sei. Drei der Verhafteten hatten der Versammlung gar nicht beigewohnt und waren nur der versammelten Menge aus dem Gäßchensplatz wegen verhindert gewesen, ihres Weges zu gehen.

Brandenburg, 2. Dez. (Wegen Majestätsbeleidigung) ist gegen Parteifreund D. Schumacher Untersuchung eingeleitet worden.

Vielefeld, 26. Nov. (Volksversammlung.) Heute fand hier selbst im Saale des Herrn Brodhage, Gadderbaum, eine Volksversammlung statt, welche trotz des fürchterlichen Schneesturms auf besuch war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hasenclever über die Sünden des Arbeiterstandes und die projektierte Erhöhung der Biersteuer. Nach Konstituierung des Bureau's ertheilte der Vorsitzende Jzwinet dem Referenten das Wort. Derselbe entlobte sich seiner Aufgabe unter großem Beifall der Anwesenden in recht verständlicher Weise. Zum Schluß wurde ein Antrag, „eine Zellersammlung durch freiwillige Beiträge zur Deckung der Versammlungskosten zu veranstalten“, einstimmig angenommen. Dieser freiwillige Beitrag ergab 17 R.

Mit Gruß

B. Rahne.

Reichenbach i. B., 1. Dezember. (An die Parteigenossen des Vogtlandes!) Unliebsame Hindernisse vereitelten die projektierte Agitation; dieselbe wird jedoch später stattfinden. Zur Verbesserung hierüber, sowie des weiter Rothwendigen findet am 2. Feiertage, Nachmittags 2 Uhr, in Plauen „zur Reichsagb“, Jobannesgasse, eine Konferenz statt, wozu der Unterzeichnete alle Orte hiermit einladet mit der Bitte, für mindestens je einen Vertreter Sorge zu tragen. Denjenigen, welche nicht auf eigene Kosten kommen können, wird Reisegeld zugesichert. Mit dem Bemerkten, daß weitere Einladung nicht erfolgt, erachtet rege Betheiligung.
Rob. Müller.

Partei-Kalender können von mir für den Einkaufspreis bezogen werden.
D. D.

Glensburg, 17. November. (Volksversammlung.) Am 30. Oktober hielten wir hier eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung ab, in der untenstehende Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Die Resolution lautet folgendermaßen: „Die heutige Volksversammlung ersucht den hohen Reichstag, da es als feststehend zu erachten ist, daß die indirekten Steuern dem allgemeinen Volkwohl nachtheilig sind, nicht neue Steuern hinzuzufügen, sondern Mittel und Wege aufzusuchen, die indirekten Steuern zu vermindern.“ Mit socialdemokratischem Gruß
H. Lützen.

Geestendorf bei Bremerhaven, 30. November. („Anständige“ Schweine.) Ein böses Ereignis hat die Mehrzahl der Bevölkerung hiesigen Orts in eine gewisse berechtigete Erregung versetzt. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Sonntag, den 14. Nov., sollte hier eine lutherische Kirche eingeweiht werden. Alles war auf das Beste geordnet; auch waren von den fünf hier und in der Umgegend stationirten Gend'armen, damit die Ruhe aufrecht erhalten würde, zwei Mann dem feierlichen Zuge zum Gotteshaus zugeführt. Zudem waren jene beiden Wächter des Gelezes, wie sich das gehört, lutherisch, die übrigen drei Gend'armen sind, wie wir hören, katholisch. Es ist selbsterfindlich, daß diese schöne Harmonie des Glaubens dem feierlichen Akt ein am so größeres Gewicht geben mußte. Folgendermaßen war der Zug geordnet und anzusehen: Erstens die Schullehrer mit der Mädchenschule, zweitens die Lehrer mit der Knabenschule, dreitens die Korporanten des Kirchenvorstandes und hohe und höchste Personen der Welfenpartei, dann sieben Mann streng lutherische Geistliche, mit den Attributen des Glaubens versehen, und noch folgend viel Volks des D. C. K. N. Nun, man wird fragen, warum erregt, warum überhaupt Erregung hieort? Aber man höre nur diese Frechheit, die erstaunlich ist. Allen voran, vor dem ersten Lehrer, sogar so, daß derselbe ganz den begehrenswerthesten Theil sehen konnte, bewegte sich eine Herde Ferkel, auch Schweine genannt, und war es trotz aller Ansehnungen erst dann möglich, dieselbe zu beseitigen, als schon Zeit genug verstrichen, um die Herzen der Gläubigen zu beleidigen und auch schon Gelegenheit genug gewesen war, die Fleischlust in einigen betru. Zuge sich befindenden Personen zu erregen.

Dannau, 14. November. (Zur Lage.) Wir haben lange nichts mehr von uns hören lassen. Trotzdem agitieren wir fort; leider mangelt uns hier Referenten: Lokale sind schon zu bekommen. Keulich hielt der Reichstagsabgeordnete Jakob von Vignin im hiesigen Volksbildungsverein einen Vortrag. Der Volksbildungsverein geht glücklicherweise seinen Ende entgegen. Am 11. November waren trotz des freien Zutritts nur 32 Personen anwesend. Die Roth unter den Arbeitern ist hier hauptsächlich Schuld, daß ein großartiges politisches Leben nicht gedeihen will.

Klein-Kronenburg, 21. Novbr. (Versammlung.) Gestern Abend fand im „Waldhaus zum deutschen Baue“ eine allgemeine Arbeiter-Versammlung, welche von verschiedenen Mitgliedern der drei hiesigen Hülf-Krankenkassen gut besucht war. Seitdem aus Senau besprach in eingehender Weise den Gesetzentwurf über die Hülfskassen, wie solcher dem Reichstage vorlag. Die Anwesenden folgten mit Interesse den Ausführungen und nahmen nach kurzer Diskussion folgenden Protest an: „Die am heutigen Tage in Klein-Kronenburg bei Danau versammelten Vertreter der Hülf-, Kranken- und Sterbe-Kassen der

Arbeiter, in Summa 400, protestieren gegen jeden Eingriff der heutigen Regierung in die Verwaltung der von ihnen auf Grund des § 141 der deutschen Gewerbeordnung gebildeten Hülfskassen, und verlangen daß die „Gleichberechtigung“ wie allen Staatsbürgern auch ihnen garantiert werde. Mit social-demokratischem Gruß
Franz Theodor Kopp.

Klein-Steinheim, 23. Nov. (Allgemeiner Bericht.) Am heutigen Tage waren im „Deutschen Kaiser“ dahier die Mitglieder der hier bestehenden drei Kranken-, Hülfs- und Sterbekassen, und zwar 300 an der Zahl, vertreten. Referent Herr Scheil aus Hanau beauftragt die Grundzüge des Gesetzentwurfs über die Hülfskassen eingehend. An der Debatte beteiligte sich besonders H. Dapbach aus Hanau und wurde beschlossen, einen Protest an den deutschen Reichstag ergehen zu lassen, dahin lautend, sämtlichen Mitgliedern der hiesigen Hülfs-Kassen Rechnung zu tragen. — Am 14. Oktober feierten die hiesigen Mitglieder der Socialistischen Arbeiterpartei ihr Stiftungsfest im „Gasthaus zur Stadt Offenbach“. Der Saal war überfüllt. Jugende waren auch die drei hiesigen Gesangsvereine. Die Feste hielt Herr Roske aus Offenbach. Eine Zellerfassung ergab die Summe von 6,42 Mark für die Gemahregelten. Von heute an befindet sich unser Versammlungsort „Im Stern“ bei H. Heffer. Parteiblätter liegen aus „Im Stern“, „Deutscher Kaiser“, „Stadt Offenbach“ und bei Wilhelm Heier. Die Versammlungen finden Montag Abend statt. Mit social-demokratischem Gruß
E. Eitel.

Groß-Steinheim, 18. November. (Allgemeiner Bericht.) Sonntag den 14. Nov., fand in Hainstadt eine Konferenz statt, an welcher folgende Orte sich beteiligten: Groß-Steinheim, Klein-Steinheim, Klein-Kubheim, Seeligenstadt, Froshausen, Hainstadt, Klein-Kropfenburg. Die Tagesordnung war folgende: 1) Wie ist eine erfolgreiche Agitation in unserem Wahlkreise einzuführen. 2) Die Verbreitung unserer Parteiblätter, besonders der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“. 3) Gründung einer Reichstags-Wahlklasse. Nach eingehender Beratung wurde besonders hervorgehoben, daß es die höchste Zeit sei, eine einheitliche, geregelt und energische Agitation zu entfalten, damit die große indifferente Masse aufgefächert würde, damit sie nicht mehr als Stimmvieh sich gebrauchen lasse und ein die Interessen des Arbeiterstandes vertretender Arbeiterabgeordneter bei der nächsten Wahl in den Reichstag gewählt werde. Um dieses in solem Maße zu erreichen, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Verbreitung des Socialismus in dem Volke einzutreten und hierzu eignet sich hauptsächlich die Verbreitung unserer Parteiblätter. Es wurde nun von der Konferenz Groß-Steinheim als Centralpunkt für die oben genannten Orte gewählt und der hiesige Agent mit der Leitung der Agitation beauftragt, an welchen auch alle in Bezug auf diese Angelegenheit zu richtenden Briefe und etwaige Gelder zu adressieren sind. Nachmittags fand daselbst eine gut besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Revolution, Reform und Revolte“, über welches Thema die Herren F. Junck aus Groß-Kubheim und Wolter aus Offenbach unter festem Beifall der Versammlung und in der gediegensten Weise referirte. Von dem allgemeinen Rückgang der Social-Demokratie war hier auch nichts zu bemerken. Aus dem Geiste der Versammlung war zu ersehen, daß die Arbeiter immer mehr zur Erkenntnis kommen und sich von den Anbetern des goldenen Kalbes und den schwarzen Volksverwummern zu rücken und für die große meiste Idee des Socialismus kämpfen! Zum Schluß fand eine Zellerfassung für Gemahregelte statt und ergab die Summe von 3,60 Mark. Mit social-demokratischem Gruß
Der Schriftführer:
J. Gerh. Schimmel.

Groß-Steinheim, 1. Dez. (Volksversammlung.) Sonntag, den 28. Nov., fand in Froshausen eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Das Volk und seine Gesetzgebung“, über welches Thema Herr Friedrich Junck von Groß-Kubheim in vorzüglicher Weise referirte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Jemand Lust habe, die Ausführungen des Herrn Junck zu widerlegen, meldete sich Niemand, wohl aber auf seine Aufforderung, sich der socialistischen Arbeiterpartei Deutschland anzuschließen, thaten dies sofort einige zwanzig.
Ludwig Keller.

Quabrid, 30. Nov. (Volksversammlung.) Am 25. ds. hielten wir hier eine Volksversammlung ab, die so gut besucht war, wie wir hier lange keine gehabt haben. Ueber die Tagesordnung: „Die Sünden des Arbeiterstandes“, referirte der Herr Reichstagsabgeordnete Hasenclever in vorzüglicher Weise. Mit social-demokratischem Gruß
August Tiemes.

Winden, 30. Nov. (Allgemeiner Bericht.) Sonnabend, 27. Nov., fand hier in der Tonhalle eine große Volksversammlung statt, in der circa 1000 Personen anwesend waren. Der Reichstagsabgeordnete Herr Hasenclever referirte über die Sünden des Arbeiterstandes. In's Bureau wurden gewählt Siegert als erster, Falter als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer.
H. Stecher.

Kottbus, 22. Nov. (Allgemeiner Bericht.) Den 4. Nov. hielten wir eine große Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Gefängnisarbeit“. Am 16. November hatten wir eine große Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Das Hülfskassengesetz und die projektirte Erhöhung der Biersteuer.“ Referent war A. Küster.

Am 23. d. hielten wir wieder eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Social-Demokratie und die heutige Gesellschaft“ ab. Der Referent H. Keller aus Görlitz entledigte sich seiner Aufgabe unter allgemeinem Beifall.
S. Teichert.

Lüneburg, 19. Nov. (Volksversammlung.) Am gestrigen Tage hielten wir eine ziemlich besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die projektirte Biersteuer“ ab. Das Referat wurde von Herrn Blau in trefflicher Weise erledigt.

Duisburg, 21. Nov. (Volksversammlung.) Am 11. Okt. hielten wir hierorts eine leider nicht zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher Herr Kuhl aus Barmen über die gegenwärtige Geschäftskrise, deren Ursache, Wirkung und Beseitigung referirte. Die Versammlung war mit den Ausführungen Kuhl's einverstanden und sollte Beifall. Auch fanden Redungen zum Anschluß an die Partei statt. Am 30. Oktober hielten wir wieder eine gut besuchte Versammlung unter dem Vorsitze des Herrn Jannemann ab. Freund Kuhl aus Barmen referirte abends. Am 14. November hielten wir eine Arbeiterversammlung ab, in der Herr Strump aus Barmen referirte. Der Vortrag wurde allseitig beifällig aufgenommen. Den 26. November hatten wir eine Volksversammlung über die Tagesordnung: „Die Erhöhung der Brausteuer“. Herr Rospe aus Essen war als Referent erschienen. Die Versammlung, welche den Ausführungen des Redners mit Interesse folgte, nahm schließlich folgende Resolution an: „Die am heutigen Tage im Krupp'schen Lokal zu Duisburg tagende Volksversammlung erklärt hiermit: In Erwägung, daß die Brausteuer eine indirekte ist, daß erfahrungsmäßig die indirekten Steuern von den Produzenten auf die Konsumenten abgewälzt werden, in Erwägung, daß die arbeitende Klasse vermöge ihrer großen Ueberzahl von den indirekten Steuern betroffen wird, in Erwägung, daß die neuprojektirten Steuern zu Militärzwecken verwendet werden sollen, die Versammlung schließt sich einer friedlichen Wirtschaftspolitik an, in Erwägung endlich, daß nach der neuen Strafgesetznovelle ein unverantwortlicher Druck auf das freie, politische Volksbewußtsein ausgeübt wird, beschließt die Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Einführung dieser Gesetze zu wirken, und die social-demokratischen Abgeordneten in Reichstagsdamit zu beauftragen.“ Mit social-demokratischem Gruß
J. A. Sitte.

Cöln, 14. Nov. (Schuhmacherverammlung.) Sonntag, 7. Nov., hielten wir eine öffentliche Versammlung der Schuhmachergewerkschaft ab mit der Tagesordnung: „Die Lage der Schuhmacher“ und „das Hülfskassengesetz“. Als Referent war Herr Haars aus Frankfurt anwesend. Derselbe entledigte sich seines Referates in vorzüglicher Weise und legte mit klaren und deutlichen Worten die Lage der Schuhmacher von früher bis jetzt zur größten Zufriedenheit der Anwesenden dar. Referent betonte hauptsächlich, daß dieses nur durch eine einheitliche Organisation, durch die Gewerkschaft zu verhindern sei, und forderte daher auf, der Gewerkschaft beizutreten. Im zweiten Punkte der Tagesordnung, dem Hülfskassengesetz, referirte Herr Haars ebenfalls in gediegener Weise. Hieraus erfolgte Schluß der Versammlung, und wir begaben uns vereint nach dem alten Kuhberg, woselbst wir unser erstes Stiftungsfest feierten. Herr Haars hielt auch hier die Festsprache, und es wurde ihm anhaltendes Bravo über die gediegene Rede zu Theil.
Mit kollegialischem Gruß
Fr. Runge, Schriftführer.

Berlin, 1. Dez. (Allg. Vöthcher-Körper Verein.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntniß, daß in Hamburg in der Spiritfabrik und in Frankfurt a. D. in der Seppelfabrik Steifes ausgebrochen sind. In beiden Fällen wegen Lohnabhängigen. Unter letzteren befinden sich viel Familienväter; auch soll von Seiten letzterer Fabrik nach verschiedenen Städten, darunter Stettin, geschrieben worden sein, um andere Arbeitskräfte herbeizuziehen, also namentlich nach solchen Städten, wo unsere Organisation noch nicht vorhanden ist. Kollegen! thut eure Schuldigkeit. Die Adresse von Frankfurt a. D. ist:
Gustav Bach, Ladengasse 8.
A. Hünze, Schriftführer,
Reichenbergerstr. 59, III. 80.

Gotha, 1. Dez. (An die Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften.) In Folge der ergangenen Aufforderung der Gewerkschaftskommission haben auch die hiesigen Gewerkschaften einen allgemeinen Vertreter, verbunden mit Arbeitsnachweis, im Gasthaus zum „Weißen Kopf“ (Burgfreiheit) errichtet. Wir erlauben in Folge dessen sämtliche zureichende Gewerkschafts-Mitglieder, daselbst einzutreten.
Die Arbeitsvermittlung wird von 12-1 Uhr Mittags und 6 bis 7 Uhr Abends besorgt. Das Comité.
NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Wiesbaden, 24. Nov. (Allgemeiner deutscher Löhner-Verein.) Betreffs der obligatorischen Einführung der „Union“ in unsern Verein, wie ich es den Mitgliedern brieflich anheim gestellt und schon von vielen Orten darauf Bestimmungen erhalten habe, muß ich bemerken, daß auf die beiden Hauptorgane „Volksstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“ außerdem täglich abonniert werden muß. Gegen die Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. haben nur Chemnitz und Reichen gestimmt. Wo ist dieser Passus mit großer Majorität angenommen. Weiter kann ich von einer neuen Mitgliedschaft berichten, daß die

Kollegen von Würzburg sich unsern Verein angeschlossen haben. Nächstens werden noch mehr folgen. Für Reichen wurde als Bevollmächtigter gewählt: Adolf Ditz, Niederführer bei Feilenhauer Berger. Der Bevollmächtigte für Chemnitz, Herrmann Grundke, wohnt jetzt Sonnenstraße 52. — Mit kollegiallichem Gruß
Joh. Schweiß, Vorsitzender, Kaitstraße 28.
Reinhold Vollschreiber, Kassier, Obere Rheinstr. 70.

Hannau, 1. Dez. (An die Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat“ und des „Volksstaat“.) Parteigenossen, da das letzte Quartal in diesem Jahre sich seinem Ende naht, so fordere ich Euch auf, thätig mitzuwirken für die Verbreitung unserer Parteiblätter. Es ist nichts gethan, wenn Ihr wieder abonniert, nein, Jeder von Euch muß mindestens einen Abonnenten gewinnen. Darum auf, Parteigenossen, frisch an's Werk und erfüllt eure heiligste Pflicht. — Ferner möchte ich noch bemerken, daß die Abonnementsgelder spätestens bis zum 25. Dezember entrichtet werden müssen.
J. Euler.

Schleswig, 1. Dezember. (Allgemeiner Bericht.) Es ist lange her, seitdem wir etwas von uns haben hören lassen. Die auswärtigen Parteigenossen sollen aber nicht glauben, daß wir eingeschlafen wären. Viele Schwierigkeiten sind uns jedoch in den Weg gestellt worden. Endlich zum 21. November erhielten wir zwei Lokale, in denen Volksversammlungen stattfanden mit der Tagesordnung: Socialismus und Christentum, worüber Freund C. Rejer zur größten Zufriedenheit referirte. In das Bureau wurden Herr Rejer und Herr J. Gemmel als Vorsitzende und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Sonntag, den 28. Nov., hielten wir eine Volksversammlung ab in dem benachbarten Dorfe Lüßerschan.
Mit social-demokratischem Gruß
L. Fischer.

Sprechsaal.

Wenn der Mensch Bech hat.

Im Oktober vorigen Jahres wurde der Parteigenosse und Reichstags-Abgeordnete Reimer in Wandersbeck vom hiesigen Polizei-Verwalter wegen „öffentlicher Bettelns“ verhaftet. Am 21. November v. J. wurde auf Beschluß des Reichstages das Strafverfahren gegen sein gebettelt habendes Mitglied eingestellt. Im Februar d. J. wurden dem Benannten in Schleswig-Holstein vier Versammlungen aufgelöst, weil in denselben keine Geldsammlungen stattfinden sollten.

Am 5. April wurde vor dem Kreisgericht zu Altona der „Bettelprozeß“ beendet und der Angeklagte freigesprochen. Durch Erkenntnis der I. Regierung in Schleswig vom 29. Juli wurden die Teller-Versammlungen in öffentlichen Lokalen als durch allgemeine Anordnung verboten nicht betrachtet und die öffentliche Versammlungen überwachenden Beamten demgemäß instruiert.

Aber wer kann für Malheur; am 2. Dezember d. J. bekam Reimer folgende Gratulation:

„Straf-Verfügung.“

Der Cigarren-Arbeiter und Reichstags-Abgeordnete Reimer aus Altona wird, weil er nach dem Antrage des Polizei-Anwalts und den in denselben genannten Beweisen am Sonntag, den 14. November d. J., im großen Saale zu Cropschoff bei Celle während resp. am Schluß einer daselbst abgehaltenen Volksversammlung ohne polizeiliche Erlaubniß eine Sammlung von Geld vorgenommen hat, auf Grund des Artikels XV. § 1 der Verordnung vom 25. Juni 1867 und § 119 des Polizei-Strafgesetzes vom 25. Mai 1847 zu einer im Unvermögensfalle mit 4 Tagen Haft abzuhaltenden Geldstrafe von 20 Mark und in die Kosten von 1 Mark 50 Pf. verurtheilt.
Wahrscheinlich, trotz Overtreibungs-Beschluß und Allem, noch neue Prozesse!

Zur Beachtung für die Parteifreunde im neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Da in den nächsten Wochen die beiden Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Reimer eine Agitation im obigen Kreise unternehmen, ersuche ich die Parteifreunde, für die weiteste Verbreitung dieser Nachricht zu sorgen. Es werden in folgenden Orten Versammlungen stattfinden: Oldenburg, Neustadt, Heiligenhafen, Burg, Ploen, Gutin.
H. Gundelach, Altona,
Friedrichsbadstraße 84, 2te Etage.

Briefkasten.

Alle Briefe betreffs Wahlangelegenheiten sind von jetzt an zu richten an
H. Peters, Cigarrenarbeiter, Hospitalstr. 1, 2. Etage,
Schwerin in Mecklenburg.

Anzeigen.

Berlin. Sonntag, den 12. December, 10 Uhr, Sophienstraße 15.
Volksversammlung.
Tagesordnung in nächster Nummer.
(F. 29.) A. Heinsch. [1,80]
Bülets zum Zehnter-Fest in allen Versammlungen.

Berlin. Donnerstag, 9. Dec., Abends 8 Uhr, Bräudenstr. 10a, Café Mittelhaus,
Große
Öffentl. Versammlung
sämmtl. Unzer
und verwandten
Berufsgenossen.
Tagesordn.: Ist die Organisation der Arbeiter notwendig oder nicht? Welche Vortheile bietet dieselbe?
Referent: Herr J. Winnen.
Ich erlaube mir, zu dieser Versammlung sämtliche Interessenten dringend einzuladen und für das Bekanntwerden Sorge zu tragen.
(F. 52.) A. Heinsch. [4,40]

Berlin. Donnerstag, 9. December, Abends 8 Uhr, Sebastianstraße 39, [2,00]
Gen.-Vers. d. Schneidbergesellschaft.
Tagesordn.: Besprechung über Kassenangelegenheiten. Aufstellung von Kandidaten zum Abgesehen, dessen Stellvertreter und 12 Deputirten. — Nur berechnigte Kassen-Mitglieder erhalten durch Vorzeigung ihres Mitgliedsbescheinigung Einlaß. Der Vorstand.

Hamburg. Donnerstag, 9. Dec., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lorenzen, am Pferdemarkt,
Mitglieder-Versammlung
der Zerkateure.
Tagesordn.: 1) Abrechnung. — 2) Verschle-benes.
(F. 1.) E. Dangers. [2,00]

Altona. Freitag, 10. Dec., Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelman's Salon,
Volksversammlung.
Tagesordn.: Vortrag.
Näheres im „Hamb.-Altonaer Volksbl.“
(F. 20.) A. Forchner. [1,60]

Altona-Ottenen und Umgeg. Donnerstag, den 9. Dec., Abends 8 Uhr, bei Herrn Kiel, Gr. Bergstraße,
Öffentliche
Maurer-Versammlung.
Tagesordn.: Bericht des Comité's über den Beschluß der Altonaer Bauhütte über Arbeitszeit und Lohn.
(F. 20.) F. Buchmann. [2,20]

Rothenburgsort. Donnerstag, den 9. December, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Reyer (früher Dionysius),
Große öffentliche
Arbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Direkte oder indirekte Steuern.
(F. 61.) J. A. S. Gabow. [2,40]

Ottensen. Donnerstag, 9. Dec., Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's Salon, 1 Kr.,
Öffentliche
Socialisten-Versammlung.
Tagesordn.: Die Kandidatenfrage für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis.
(F. 63.) F. Heerhold. [2,00]

Barmbeck. Mittwoch, 8. Decbr., Abends 8 Uhr präc., im Lokale des Herrn Schulz in Barmbeck am Markt,
Geschlossene
Mitglieder-Versammlung
der Socialistischen Arbeiterpartei
Deutschlands.
Tagesordn.: Abrechnung. Verschle-benes.
(F. 59.) E. Simon. [2,20]

Bremen. Sonntag, den 12. Dec., Abends 6 Uhr, in Ricmann's Lokal,
Abend-Unterhaltung
unter Mitwirkung des Gesang-Vereins
Arbeiter-Sängerband,
arrangirt von der Schuhmachergewerkschaft. Die Deklamatoren werden ersucht, zahlreich und rechtzeitig zu erscheinen. Der ganze Ertrag ist bestimmt zur Agitation für die socialistische Arbeiter-Partei.
Entrée 25 Pf.
NB. Alle Mitglieder der Gewerkschaften und der Partei mit ihren Damen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
(F. 67.) Das Comité. [3,60]
2 Schlafstellen für Parteigenossen
Reichenbergerstr. 57, bei Wischmann. [1,00]

Frankfurt a. M. Sonntag, 12. Dec., Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Buhl, Zeit 47,
Geschlossene Mitglieder-
Versammlung
des Social-demokr. Wahlvereins.
Tagesordn.: Abrechnung. Verschle-benes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
(F. 100.) Der Vorstand. [2,20]

Bremen. Heute Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Hankenstr. 22,
Öffentl. Schuhmacherverammlung.
Tagesordn.: 1) Vortrag. — 2) Die Petition der Berliner Kollegen.
Kollegen, seid alle am Plat. [1,60]
(F. 70.) J. Eden, Bevollmächtigter.
Wochenbl. Den Parteigenossen und Freunden empfehle ich eine gute Cigarre-Georg Müller, Airchgasse 22, 1. Et.

ALLGEMEINE DEUTSCHE ASSOCIATIONS-BUCHDRUCKEREI

ZU BERLIN

(EINGETRAGENE GENOSSENSCHAFT)

empfehlen sich zur Anfertigung von Rechnungen, Quittungen, Formularen, Circularen, Prospecten, Preis-Couranten, Ball-, Visiten-, Adress- und Empfehlungs-Karten, sowie überhaupt aller in dieses Fach einschlagenden Arbeiten.

Ganz besonders empfehlen wir uns den geehrten Vereinen zum Druck von Statuten und aller bei Vereinen vorkommenden Arbeiten, und bitten um geneigte Aufträge. Auch für Auswärts führen wir Aufträge auf Druckerarbeiten aus und hoffen, dass uns solche zahlreich zugehen werden.
Indem wir stets saubere Ausführung und prompte Bedienung versprochen, empfehlen wir uns hiemit bestens.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin

(Eingetragene Genossenschaft).

Kaiser Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a. [11,8]